

Niedersachsen plant NPD-Pleite

Gesetzesänderung vorgeschlagen / Amadeu Antonio

Stiftung sieht Erfolge im Kampf gegen Rechts

Von Oliver Händler

Während ein neues Rechtsgutachten Grundgesetzänderungen vorschlägt, um die NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen, zog die Amadeu Antonio Stiftung zehn Jahre nach ihrer Gründung eine gemischte Bilanz. Größtes Problem sei ihr chronischer Geldmangel.

Vor fast genau 18 Jahren wurde Amadeu Antonio Kiowa von Neonazis in Eberswalde zu Tode geprügelt. Es dauerte acht Jahre, bis die gleichnamige Stiftung gegründet wurde, die sich dem Kampf gegen Rechtsextremismus verschrieb und seither versucht, Gewaltopfer zu betreuen, Initiativen gegen Rechts zu vernetzen und Nazis beim Ausstieg zu helfen. Heute sitzen rechtsextreme Parteien in vier Landtagen und vielen Kommunalparlamenten. Man könnte meinen, der Erfolg wäre nur gering. Doch die Stiftungsvorsitzende Anetta Kahane und der Schirmherr, Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, zeichneten gestern, wenn schon kein positives, dann doch ein hoffnungsvolles Bild.

Auch in diesem Jahr seien fünf Menschen von Rechtsextremen getötet worden, berichtete Kahane. Aber zumindest habe man es geschafft, dass sich Politik und Zivilgesellschaft gegen Nazis verbünden. »Vor zehn Jahren galt es noch als unfein zuzugeben, dass man ein Problem mit Neonazis habe«, sagte Kahane. Damit sei nun Schluss. Thierse fasste es so

zusammen: »Das Problembewusstsein ist gewachsen, das Problem aber nicht geringer geworden.«

Als Beispiel für die erfolgreiche Arbeit nannte Kahane ausgerechnet Eberswalde, wo die finanzielle und logistische Unterstützung von Bürgerinitiativen sowie Bildungsarbeit dazu geführt habe, dass die demokratischen Kräfte wieder die »Deutungshoheit« gewonnen hätten und rechtsextreme Äußerungen geächtet werden. Auch in Weimar, Jena und Hoyerswerda gebe es kaum noch organisierte Aktionen von Neonazis. »Die haben dort keine Lust mehr, sich mit den Gegenaktionen der Zivilgesellschaft auseinanderzusetzen«, sagte Kahane. Jörn Menge von der Kampagne »Laut gegen Nazis« wusste aber auch von Naziaufmärschen in Pforzheim oder Ulm zu berichten. Rechtsextremismus sei ein gesamtdeutsches Problem.

Größtes Problem für die Stiftung, so Thierse und Kahane, sei Geldmangel. Mit einem Spendenaufkommen von etwa 200 000 Euro im Jahr ließen sich nur wenige Projekte unterstützen. In das Bild passt, dass dem Programm EXIT-Deutschland, mit dem Nazis der Ausstieg aus der Szene erleichtert werden soll, die staatlichen Mittel entzogen worden sind. Trotz einer Spendenkampagne mussten bereits Mitarbeiter entlassen und Standorte geschlossen werden.

Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) stellte

gestern in Berlin ein Gutachten des Rechtsprofessors Volker Epping aus Hannover vor, in dem die Möglichkeit eines Entzugs der staatlichen Parteienfinanzierung für extremistische Parteien aufgezeigt wird. Dafür müssten sowohl das Parteiengesetz als auch das Grundgesetz geändert werden. Schünemann will dies nutzen, um der NPD die finanzielle Basis zu entziehen. Immerhin beziehe sie 40 Prozent ihres Etats aus Staatsmitteln. »Da ein Verbot dieser rechtsextremen Partei derzeit nicht möglich ist, zeigt Niedersachsen einen Weg auf, um der staatlichen Finanzierung der NPD ein Ende zu machen«, so Schünemann.

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz, und die Rechtsextremismusexpertin der Grünen, Monika Lazar, halten das Ziel zwar für begrüßenswert, mahnen allerdings zur Vorsicht. Ein Fiasko wie beim gescheiterten NPD-Verbotsverfahren dürfe sich nicht wiederholen. Dietmar Bartsch (LINKE) kritisierte den Vorschlag Niedersachsens, denn »wenn einer Partei wie der NPD verfassungsfeindliche Aktivitäten nachgewiesen werden können, dann gehört sie verboten«, sagte der Bundesgeschäftsführer der Linkspartei. Ähnlich äußerte sich Wolfgang Thierse, der den Vorschlag zwar ernsthaft prüfen wolle, jedoch nach wie vor für ein Verbot der NPD plädiert.